

Zwei Millionen Jobs bedroht

Auch der Mittelstand plant Verlagerung von Stellen ins Ausland

VON THOMAS MAGENHEIM-HÖRMANN

Deutschland verliert laut einer Studie bis Ende 2009 fast zwei Millionen Arbeitsplätze ans Ausland. Neben der Produktion sind erstmals auch Forschung und Entwicklung nennenswert betroffen. Der heimische Standort sei aber nicht chancenlos.

MÜNCHEN · 16. NOVEMBER · Deutsche Firmen verstärken in den nächsten Jahren die Verlagerung von Stellen ins Ausland. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Technischen Universität München. Von 2005 bis 2009 planen heimische Unternehmen demnach jährlich den Transfer von 152 000 Arbeitsplätzen vor allem nach Osteuropa. Damit nimmt die laufende dritte Outsourcing-Welle „gravierende Formen an“, meint Professor Horst Wildemann. In den zurückliegenden Wellen zwischen 1980 und 2001 hätten die Betriebe im Schnitt 100 000 Jobs per annum ins Ausland verschoben.

Direkt verlagert würden bis Ende 2009 etwa 760 000 Industriearbeitsplätze. Inklusiv betroffener Zulieferer und Partner bedeute das einen Schwund von 1,9 Millionen Stellen. Alarmierend sei, dass im Gegensatz zu früher vor allem der Mittelstand die Flucht ins Ausland antritt. Habe zwischen 2000

und 2004 ein Drittel der Firmen Stellen verlagert, planten dies für 2005 bis 2009 rund 60 Prozent. Zu zwei Drittel sei Produktion betroffen, zu 18 Prozent Verwaltung, zu neun Prozent Forschung und Entwicklung.

Letztere sei in der Vergangenheit aber zu 60 Prozent wegen Qualitätsmängeln wieder zurückgeholt worden; insgesamt scheitere ein Zehntel der Verlagerungen. Künftig müsse das vor allem bei Forschung und Entwicklung nicht mehr so sein. Eine gemeinsame Verlagerungsstrategie würden derzeit vor allem Kfz-Zulieferer fahren. Dadurch entstünden in Tschechien und Ungarn Forschungszentren, die deutsches Know-how-Niveau erreichen dürften. Viele Stellen verlegen wollten demnächst auch Elektroindustrie und Werkzeugmaschinenbauer.

Für einen Industriebetrieb kommt Wildemann etwa verglichen mit Polen inklusive aller Kosten auf einen Produktivitätsnachteil von zehn Prozent. Das auszugleichen sei „allemaal möglich“ – etwa mit Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden oder Reduzierung der Lohnnebenkosten um 2,5 Prozent. Bei gemeinsamen Anstrengungen von Großindustrie und Zulieferern, Gewerkschaften und Politik könne Deutschland rasch wieder zu einem internationalen „Leistungsführer“ werden.